

neue linke

Zeitung der Partei **DIE LINKE.**

In dieser Ausgabe:

- Regierung plündert Rentenkasse, Seite 2
- Eine Frage der Verteilung, Seite 3
- Erfahrungen aus Halle und Frankfurt, Seite 4
- Porträt: Pazhareh Henning-Heidari, Seite 5
- Truppen raus aus Afghanistan, Seite 6
- „Jeder kann etwas tun“, Seite 7



Cottbus: LINKE stellt Weichen für 2009

Am 24. und 25. Mai 2008 findet in Cottbus der 1. Parteitag der LINKEN statt.

Ein Jahr nach Gründung der LINKEN wird der Parteitag die Weichen stellen, um die Bundestagswahl 2009, die Europawahl und zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlen vorzubereiten. Der Parteivorstand hat dazu einen Leitartikel mit den Schwerpunktaufgaben vorgelegt. Dazu gehören

die Kampagnen der LINKEN, um soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik zu stoppen und DIE LINKE zu stärken. Neu zu wählen sind von den Delegierten der Parteivorstand und weitere zentrale Gremien.

Informationen zum Parteitag finden Sie auf Seite 2, auf Seite 8 oder im Internet: www.die-linke.de/partei/organen/parteitage/1_parteitag/

LINKE.SDS will Marx an die Unis bringen

„Eine neue Generation ist auf der Suche nach dem notwendigen theoretischen Werkzeug, um die Gesellschaft zu verändern.“

Das erklärte Katharina Volk vom Bundesvorstand des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS zum Abschluss des Kongresses zur 1968er Revolte in Berlin. Ab dem nächsten Semester wird deshalb bundes-

weit eine Kapitallesebewegung gestartet. Überall werde kritische Theorie abgebaut – „wir wollen dagegenhalten und Marx an jede Hochschule bringen“.

Desweiteren will der Studierendenverband Linke.SDS in Anlehnung an die „Hochschuldenkschrift“ des SDS aus den 1960er Jahren eine Analyse der Hochschule im heutigen Kapitalismus erarbeiten, um damit den Kampf gegen Studiengebühren zu stärken.



Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter forderten bei den Demonstrationen am 1. Mai, zum Beispiel in Berlin (unser Foto), in vielfältiger Form „Gute Arbeit, Gute Löhne, Gute Rente“. Die Vorschläge der LINKEN zur Rentenpolitik fanden Interesse und Zustimmung.

GEMEINSAM für gute Rente

Altersarmut bedroht immer mehr Menschen in Deutschland. Besonders gefährdet sind Frauen. Und Menschen in Ostdeutschland.

Die Bundesregierung hat beschlossen, in diesem Jahr die Rente um 1,1 Prozent zu erhöhen. Alt-Bundespräsident Herzog (CDU) behauptete daraufhin, die Alten würden die Jungen ausbeuten. Tatsächlich aber können sich Rentnerinnen und Rentner nicht mehr leisten: Die Inflationsrate beträgt rund 3 Prozent. Die Preise von Milch und Mehl sind im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 30 Prozent gestiegen.

DIE LINKE ist die einzige Partei im Parlament, die sich für die gesetzliche Rente stark macht.

Ihr Ziel: den Lebensstandard im Alter sichern und dadurch Altersarmut verhindern. Ihr Mittel: eine solidarische Erwerbstätigenversicherung, in die allen Berufsgruppe, Angestellte und Selbstständige, solidarisch einzahlen. Die Rentenformel soll repariert, die Kürzungsfaktoren zurück genommen werden. Außerdem muss die Grundsicherung für Menschen mit geringen Rentenansprüchen verbessert werden, der Solidarausgleich soll erweitert werden.

Um ihre Forderungen durchzusetzen, startet DIE LINKE eine bundesweite Renten-Kampagne. Zum Auftakt finden in fast allen Landesverbänden ganztägige Arbeitskonferenzen statt.

Mehr dazu auf den Seiten 2 und 3.

Immer mehr Ältere sind auf Hartz IV angewiesen

Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) im Januar 2005 ist die Zahl der älteren Hilfebedürftigen bis Ende 2007 um mehr als 22 Prozent, und damit fast doppelt so stark gestiegen, wie bei den anderen Altersgruppen. Das geht aus einer aktuellen Studie des DGB hervor. „Das ist ein bedrückendes Ergebnis, vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“, sagte dazu Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik im DGB-Bundesvorstand.



Ausführliche Informationen www.1968kongress.de

Herausforderungen für DIE LINKE

Von Dietmar Bartsch und Ulrich Maurer



In der gegenwärtigen Finanz- und Bankenkrise haben Spekulanten bis zu eine Billion US-Dollar vernichtet. Der Deutsche-Bank-Chef ruft nun nach dem Staat, um die privaten Verluste zu sozialisieren, also aus Steuergeldern zu begleichen.

Die Preissteigerungsrate liegt in Deutschland zurzeit bei über drei Prozent. Milch, Mehl, Obst und Gemüse sind im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 30 Prozent teurer geworden. Die hohen Gas- und Strompreise belasten besonders die Haushalte mit niedrigem Einkommen.

DIE LINKE hat seit ihrer Gründung im Sommer 2007 die Politik in diesem Land verändert. Die anderen Parteien sind gezwungen, unsere Forderungen teilweise aufzugreifen: die SPD beim Arbeitslosengeld II, die Grünen beim Afghanistan-Krieg, die CSU bei der Pendlerpauschale, die CDU bei der Rente. Das sind Erfolge unserer Politik.

Auf unserem Bundesparteitag am 24. und 25. Mai in Cottbus werden wir die Weichen stellen, um diese politischen Erfolge auszubauen. Der Parteivorstand hat dazu einen Leitantrag mit den Schwerpunkten unserer Arbeit bis zur Bundestagswahl 2009

vorgelegt. Er steht unter der Überschrift: Eine starke LINKE für eine andere, bessere Politik.

Mit einer Renten-Kampagne wollen wir die gesetzliche Rentenversicherung stärken und dafür sorgen, dass Seniorinnen und Senioren in Würde leben können. Mehr Informationen findest Du auf dieser Doppelseite.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt auf der Mitgliederengewinnung. Wir wollen Menschen für unsere Politik begeistern und ihnen einen politischen Heimat bieten, um gemeinsam mit ihnen noch wirkungsvoller für unsere Ziele einzutreten.

Und selbstverständlich wollen wir bei den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen gute Ergebnisse erzielen. Unser ehrgeiziges Ziel bleibt es, im September in den bayerischen Landtag einzuziehen. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Partei.

Soweit zu einigen Herausforderungen, vor denen DIE LINKE steht. Um sie zu meistern, kommt es auf jede und jeden an. Auch auf Dich.

Dietmar Bartsch
ist Bundesgeschäftsführer

Ulrich Maurer
ist Beauftragter für den
Parteiaufbau-West

Regierung plündert Rentenkasse

Jahrzehntelang funktionierte die gesetzliche Rente ziemlich gut.

Das Rezept: Während des Berufslebens zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber in die Rentenkasse ein. Aus ihr werden die Renten der heutigen Ruheständler bezahlt. Die jeweils erwerbstätige Generation finanziert also die Renten der älteren Generation. Und die Renten folgten der Lohnentwicklung: Stiegen die Löhne, stieg auch die Rente. So wurden auch Ruheständler am wachsenden Wohlstand in Deutschland beteiligt, Altersarmut war weitgehend unbekannt.

Mit Kanzler Schröder (SPD) fing das Elend an: Seine Regierung schuf einen Niedriglohn-

sektor und propagierte schlecht bezahlte Mini- und Midi-Jobs. Die Folge: Die Einnahmen der Rentenkasse brachen ein. Doch statt Medizin gab es weiteres Gift: Die Regierung entkoppelte die Rente von der Entwicklung der Löhne und der Gesamtwirtschaft. Im Klartext: Während Konzerne und Banken auch dank Unternehmensteuerreform jährlich Milliarden Euro einstrichen, leidet die Sozialversicherung.

Die Rentenreformen 2001 und 2004 verschlimmerten die Situation für die Versicherten: Die Regierung beharrte darauf, dass die Beitragssätze für die Rentenkasse nicht steigen, wovon vor allem die Unternehmen profitieren. Denn die Regierung aus SPD und Grünen

forderten die Beschäftigten gleichzeitig auf, privat für das Alter vorzusorgen. Die Riester-Rente wurde eingeführt, die die Arbeitnehmer alleine aufbringen müssen. Das Ende einer solidarischen Sozialversicherung, für die Beschäftigte und ihre Chefs zu gleichen Teilen aufkommen.

Dieser Wahnsinn hat Methode: Die Regierung Merkel (CDU) gibt es offen zu: „Ziel ist eine flächendeckende Verbreitung der kapitalgedeckten Zusatzversicherung“. Das freut die Versicherungsindustrie, die fette Profite einstreicht. Die Zeche zahlen vor allem junge Menschen: Sie berappen die private Altersvorsorge alleine – und bei relativ stabilen Rentenbeiträgen erhalten sie im Ruhestand eine geringere Nettorente.



Die drastische Warnung der Berliner AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN im Demonstrationszug am 1. Mai fiel auf: „Rente mit 67 ist Betrug und kann tödlich sein!“

Das will DIE LINKE

Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern – das sind die Ziele der Renten-Kampagne der LINKEN. Hier die zentralen Punkte:

- **Die Rentenformel reparieren.** Insbesondere müssen alle Kürzungsfaktoren rückgängig gemacht werden. Die Bundesregierung geht davon aus, dass bis 2030 28 Prozent für die Altersvorsorge aufgebracht werden müssen. Bei der Finanzierung werden die Unternehmer geschont: Sie sollen nur 11 Prozent zahlen. Die Beschäftigten aber müssen 17 Prozent lohnen: 11 Prozent Beitrag zur Rente plus 6 Prozent für die

Privatvorsorge. DIE LINKE will das gerechter gestalten: Unternehmer und Beschäftigte sollen in Stufen bis 2030 jeweils 14 Prozent einzahlen. Beschäftigte zahlen also drei Prozent weniger als bisher, die Bosse drei Prozent mehr.

- **Versicherung für alle Erwerbstätigen einführen.** In diese Versicherung sollen alle Berufsgruppen, auch Selbständige, einzahlen. Dadurch verbreitern sich die Beitragszahlungen.

- **Nein zur Rente mit 67.** DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Lebensarbeitszeit nicht verlängern will. Mehr noch: Aus gesundheitlichen Gründen

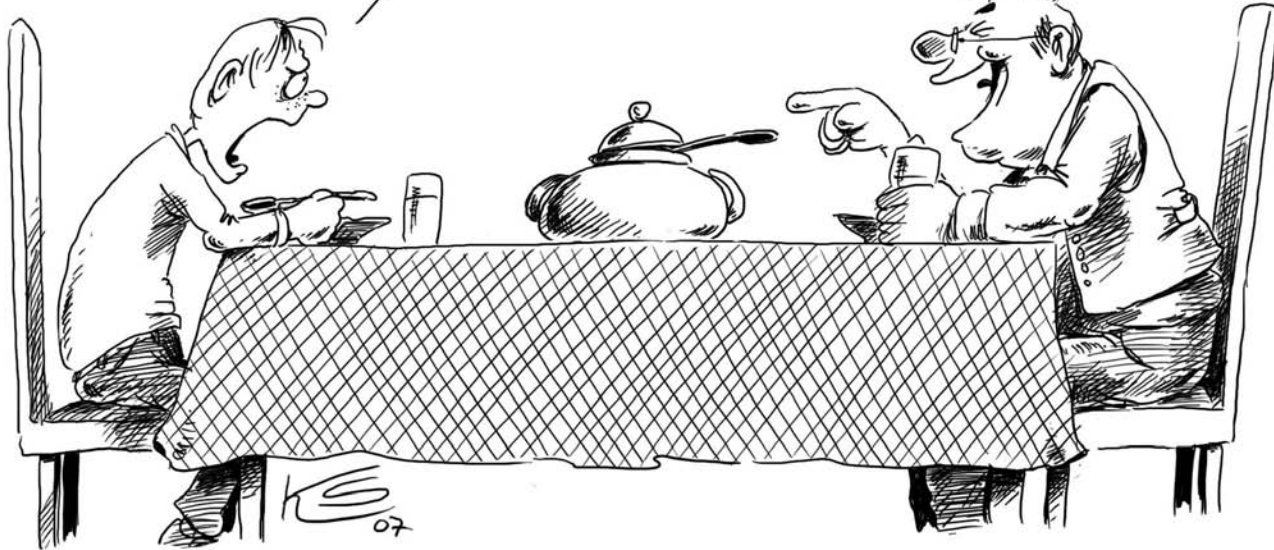
müssen Beschäftigte mit 60 Jahren in Rente gehen können, ohne Renten-Abschläge hinnehmen zu müssen.

- **Grundsicherung verbessern.** Die Beitragszeiten mit niedrigen Löhnen müssen aufgewertet werden, um das Risiko zu verringern, im Alter auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Grundsicherung muss erhöht, die Bezugsbedingungen müssen menschenwürdig gestaltet werden.

- **Ostrenten angleichen.** Der Rentenwert Ost muss zügig an den Rentenwert West angeglichen werden. Bestehende Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung müssen abgeschafft werden.

Find ich voll richtig, dass ihr Alten jetzt erst mit 67 eure Rente kriegt! Wir Jungen werden dafür schließlich unser Leben lang arbeiten müssen!

Bis 67!!



Karikatur: Klaus Stuttmann

Kommentar

Jung und Alt müssen gemeinsam kämpfen

Echte Rentenerhöhungen sind möglich. Dazu müssen die Löhne und Gehälter steigen. Sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und eine intakte Rentenformel führen zu guten Renten. Deshalb müssen die Generationen zusammen für ein besseres Leben kämpfen.

Wer 1971 im Westen Deutschlands mit 65 Jahren in Rente ging und zunächst 500 Mark bezog, freute sich 1991 mit 85 über eine Verdreifachung seiner Rente. Die Renten stiegen damals mit den Löhnen, weil die Gewerkschaften satte Lohnsteigerungen erkämpften. Da-

durch stiegen die Einnahmen der Rentenkasse. Die Regierung Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) hat mit diesem Prinzip gebrochen und die Rentenformel so geändert, dass die Nettorenten sinken. Die CDU setzt das fort. Seitdem wird Rentenpolitik nach Gutsherrenart ge-

macht - zu Lasten der Seniorinnen und Senioren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner - das sind keine Generationen, die einander ausplündern. Sie sind Verbündete im Kampf für ein besseres Leben, gegen Reiche und Vermögende.

Wie Sie bei der Renten-Kampagne mitmachen können

Im Sommer 2008 startet die Renten-Kampagne mit Arbeitskonferenzen in den Landesverbänden. In Baden-Württemberg fand Ende April bereits die erste statt. Pro Land werden 50 bis 100 Aktive zur Rentenpolitik geschult.

Dann ist die Basis am Zug: Aktionen, Info-Stände und Veranstaltungen geben der Rentenpolitik der Linken ein Gesicht.

Auch die Bundestagsfraktion startet eine Reihe von Aktivitäten. Im September und Oktober 2008 tourt die Info-Tour der Fraktion durchs Land. Schwerpunkt der Tour: die Rente.

Höhepunkt: eine große rentenpolitische Konferenz in Bayern im September.

Der Vorstand unterstützt die Aktiven der Partei durch Info-Materialien, eine Homepage und Schulungen.

Infos unter: www.die-linke.de

Eine Frage der Verteilung

In der aktuellen Rentendebatte geht es darum, wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt wird

Die deutsche Gesellschaft erlebt einen demografischen Wandel. Vor 100 Jahren betrug der Altersquotient (das Verhältnis von Jung zu Alt) noch zwölf zu eins. In 20 Jahren kommen voraussichtlich nur noch zwei Erwerbsfähige auf einen Über-65-Jährigen. Gemerkt hat das in der Vergangenheit niemand: Der Sozialstaat, darunter auch die Rentenversicherung, wurde in der Nachkriegszeit auf beispielhafte Weise ausgebaut.

Das Geheimnis: Die Produktivität stieg und glich den Demografie-Effekt mehr als aus. Jede Arbeitnehmerin und

jeder Arbeitnehmer produzierte von Jahr zu Jahr mehr Produkte und Werte, obwohl die Arbeitszeit sank. In den 1960er Jahren beispielsweise stieg die Produktivität um mehr als 50 Prozent. Dass sich gleichzeitig der Altersquotient veränderte, fiel dadurch nicht ins Gewicht.

Zukünftig wird die Produktivität voraussichtlich deutlich geringer steigen als in der Vergangenheit. Trotzdem kann der demografische Wandel aufgefangen werden: 2006 wurden im Durchschnitt je Einwohnerin und Einwohner fast 28000 Euro Reichtum produziert. Professor Bert Rürup, Deutschlands neoliberaler Renten-Papst, kalkuliert mit einer Produktivitätssteigerung von 1,8 Prozent pro Jahr. Seinen Berechnungen zufolge stiege der

erarbeitete Reichtum pro Kopf (vom Baby bis zur Greisin) auf 38150 Euro im Jahr 2030. Etwa ein Drittel mehr als 2006.

Der wirtschaftliche Erfolg, der aus der gestiegenen Produktivität resultiert, schlägt sich zunächst in der Kasse des Unternehmers nieder: Er erzielt höhere Gewinne. Erst wenn Löhne und Gehälter steigen, kommen die Produktivitätsgewinne im Portemonnaie der Beschäftigten an. Diese hätten, bezogen auf die gestiegene Produktivität, in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent mehr steigen müssen, um Verteilungsneutralität herzustellen.

Verteilungsneutralität bedeutet, dass sich Löhne und Gehälter entsprechend der Produktivitätssteigerung und der Preissteigerungsrate erhöhen. Ge-

lingt dies in Zukunft, könnten die Beitragssätze zur Rentenversicherung auch steigen. Dann würden Arbeitnehmerinnen und Rentner davon profitieren, dass die Leistungsfähigkeit der Arbeit wächst.

Wie der produzierte Reichtum verteilt wird, ist stets ein gesellschaftlicher Konflikt. Diejenigen, die auf den demografischen Wandel verweisen, um Rentenkürzungen zu rechtfertigen, kaschieren diesen Konflikt. In Frankreich, Italien, selbst Österreich haben Gewerkschaften diesen Verteilungskampf für sich entschieden und Rentenkürzungen verhindert. In Deutschland richtet sich dieser Kampf gegen die Rente mit 67, für die Wiederherstellung der bewährten Rentenformel und für höhere Löhne und Gehälter.



Foto: KDH

Anfang Mai ist die neue Ausgabe der Zeitung „klar“ der Linken im Bundestag mit dem Schwerpunkt „Rente“ erschienen. Die Zeitung kann kostenfrei bestellt werden unter versand@linksfraktion.de



Ticket in DIE LINKE - Neumitgliedertreffen in Lage-Hörste, NRW

In der LINKEN: „selbst aktiv werden“

Katharina Rommel (25) aus Halle und Mario Wolf (23) aus Frankfurt/Main kümmern sich in ihren Landesverbänden um neue Mitglieder. Für die „neue linke“ tauschten sie ihre Erfahrungen aus.

Katharina Rommel: Eure Kreise müssen ja richtig viel zu tun haben mit all den Neueintritten?

Mario Wolf: Seit der Fusion und erst recht seit unserem Einzug in den Hessischen Landtag ist das Interesse an unserer Partei ungebrochen. Die Bürger haben erkannt, dass DIE LINKE wirkt. Kreisverbände haben wir schon flächendeckend, aber oft sind die Mitgliedszahlen in den Regionen sehr niedrig. Die Strukturen in Hessen



Fotos: Privat

Katharina Rommel

sind nicht mit denen in Sachsen-Anhalt vergleichbar. Bei euch ist die Partei überall präsent, aber auch das kann bestimmte Probleme geben?

Katharina Rommel: Klar, wir haben flächendeckend nicht nur gefestigte Strukturen und viele hauptamtliche und ehrenamtliche Parteimitglieder, sondern eben auch eine sehr

große Zahl an aktiven Menschen, die schon stark organisiert sind. Da ist es für Neumitglieder manchmal etwas schwierig, sich so schnell zurechtzufinden. Aber dafür haben wir eine breite Palette an Angeboten, die wir an alle Parteimitglieder machen und von denen neue Mitglieder natürlich profitieren können. Was ich besonders spannend finde, ist, dass die neuen Mitglieder nicht mehr zur Linkspartei oder zur WASG wollen, sondern DIE LINKE als gemeinsame Partei attraktiv finden und deshalb eintreten.

Mario Wolf: Zu uns kommen Leute, die unzufrieden mit der neoliberalen Politik der großen Einheitsparteien sind und erkennen, dass sie selbst aktiv werden müssen, um etwas zu verändern. Enttäuscht wenden sich viele von der SPD ab, die



Mario Wolf

sich in Hessen zwar links gibt, aber linker Politik eben nicht zum Durchbruch verhilft. Die Menschen durchschauen das Spiel und stellen fest, dass wir schon lange keine zwei-Prozent-Partei mehr sind. Schon heute sind wir in vielen kommunalen Parlamenten verankert, jetzt auch im Landtag, nach der Mitgliederstärke sind wir längst die dritte Kraft – das gibt Hoffnung.

Im Osten, dort ist die Partei auch ein kultureller Faktor. Aber wir sind auf dem besten Weg dahin. Schließlich sind die Leute doch nicht nur wegen der Politik in die Partei gegangen.

Katharina Rommel: Der soziale Faktor spielt vor allem in der LINKEN eine wesentliche Rolle. Dazu gehören auch kulturelle und soziale Aktivitäten. LINKE organisieren Konzerte und Vorträge, engagieren sich in Bildungsvereinen oder in der Jugendarbeit. Es gibt Jugendcafés und offene Treffpunkte, Bürgerbüros, die zu Kaffee und Diskussion einladen, und Freizeitangebote, die vom Skatturnier bis zum gemeinsamen Gedenkstättenbesuch alles ermöglichen. Diese Angebote werden übrigens nicht nur von Mitgliedern genutzt, auch Sympathisanten der Partei und interessierte Bürger kommen gern.



Erfolge der LINKEN sind Ergebnis des solidarischen Handelns der gesamten Partei. Hier: Genossinnen und Genossen aus Mecklenburg-Vorpommern beim Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg.

Mit Gleichgesinnten gemeinsam handeln

DIE LINKE ist eine aktive Mitgliederpartei. Es gibt viele Möglichkeiten, in der LINKEN mit Gleichgesinnten organisiert wirksam zu werden. In den Basisorganisationen, Orts- und Kreisverbänden, aber auch in fachlichen und politischen Zusammenschlüssen innerhalb der Partei. Jede und Jeder kann in der LINKEN den Platz finden, um Fachkenntnisse einzubringen oder auf einem speziellen Gebiet tätig zu werden. Nähere Informationen über die innerparteilichen Zusammenschlüsse sind auf der Internetseite www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/ zu finden.

Gute Chancen für Frauen in der LINKEN

DIE LINKE hat mit knapp 40 Prozent den höchsten Frauenanteil aller Bundestagsparteien.

In den Parlamenten auf Landes- und Bundesebene sind 50 Prozent der Abgeordneten Frauen, ebenso in den Vorständen der Partei. Die Satzung schreibt vor, dass mindestens 50 Prozent aller Gremien mit Frauen zu besetzen sind, dass Frauen sich in eigenen Strukturen treffen können und auf allen Ebenen zu unterstützen sind.

Frauen in der LINKEN

- sind Frieden, Armutsbekämpfung und Bildungspolitik besonders wichtig;

- sind besonders aktiv in Gewerkschaften, Verbänden oder Bürgerinitiativen;

- finden ihre Interessen in den Kampagnen für Mindestlohn, solidarische Rente und Kitaplätze gut vertreten;

- bekommen manchmal schneller ein Amt oder Mandat, als ihnen lieb ist, denn die Partei will, dass mindestens 50 Prozent aller Gremien mit Frauen besetzt sind;

- werden in der LINKEN wegen ihres hohen Engagements geschätzt;

- können in der Partei eigene Gruppen oder Frauenversammlungen bilden;

- freuen sich über die Zusammenarbeit mit anderen starken Frauen;

- sorgen durch viele Gespräche mit Bekannten, Kolleginnen, Eltern und Freundinnen für die Verbreitung linker Positionen;

- sind hoch motiviert, weil sie sowohl die Parlamentsarbeit als auch das außerparlamentarische Engagement der LINKEN für sehr wirkungsvoll halten;

- werden gebraucht, weil Frauen über die Hälfte der Bevölkerung ausmachen;

- müssen auch in der LINKEN oft für ihre Rechte kämpfen, weil die LINKEN nicht die besseren Menschen sind.

DIE LINKE wirkt – engagieren Sie sich!

Die Zeitungen sind voller Meldungen über DIE LINKE, auf allen Fernsehkanälen wird berichtet. Wenn Sie sich selber Ihre Meinung bilden wollen: www.die-linke.de/mitgliedschaft. Oder schicken Sie diesen Coupon an: DIE LINKE, Parteivorstand, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Ich möchte Info-Material über DIE LINKE bekommen.

Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:.....

Anschrift:.....

E-Mail: Telefon:.....



Fotos: Privat

„Für mich ist die Mauer zwischen Ost und West erst endgültig mit der Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS gefallen. Ich möchte nicht mehr von Ostdeutschland und Westdeutschland sprechen, ich möchte von Thüringen sprechen, oder von Brandenburg oder Niedersachsen.“

Ralf Wenzel, Krankenpfleger aus Kehlheim



„Ich habe mich zum ersten Mal in meinem Leben für eine Partei entschieden. DIE LINKE verkörpert für mich alle grundwichtigen Philosophien, die ich als Erdmensch für wichtig halte und für die ich auch ganz offiziell einstehe. Gegen Armut und Krieg und für Bildung alle gleichermaßen.“

Jörne Rabenseifner aus Köln



„Ich bin in DIE LINKE eingetreten, da ich Verantwortung für meine fünf Kinder habe. Verantwortung heißt, alles für eine sichere Zukunft meiner Kinder zu tun, damit sie nicht den täglichen Existenzkampf mitmachen müssen, wie ich es grad tue. Das erfordert natürlich, sich aktiv für ein besseres Deutschland einzusetzen, das bin ich meiner Familie schuldig. Und nicht nur das, der Kapitalismus fördert nicht gerade den Weltfrieden, Millionen Menschen müssen darunter leiden und das kann nicht mehr so weitergehen.“

Patrick Just, selbständiger Fensterbauer aus Dippoldiswalde

Kämpferin und Optimistin

Pazhareh Henning-Heidari – ihr Weg in DIE LINKE

Im März 1983 wurde Pazhareh Henning-Heidari in eine politische Familie im Iran geboren. Ihre Eltern waren sozialistische Aktivisten, die gegen das iranische Regime gekämpft haben. Als sie vier Jahre alt war, wurde ihr Vater wie viele andere politische Gegner ermordet. Jahrelang lebte die Familie versteckt, bis im Jahr 2000 die Polizei vor der Tür stand und nach der Mutter suchte. Binnen zwei Tagen musste die Familie das Land verlassen.

Pazhareh und ihre Angehörigen flüchteten nach Deutschland und beantragten hier politisches Asyl. Bis 2003 wohnten sie in einem Asylbewerberheim. In dieser Zeit betreute Pajare ehrenamtlich Kinder im Flüchtlingslager in Schwalbach.

In Deutschland brauchte sie erst etwas Zeit, um sich zurecht zu finden und die Sprache zu lernen. Dann begann sie, ihr Abitur auf dem Abendgymnasium nachzuholen. Am Ende des Jahres 2002, als die USA mit den



Drohungen gegen Irak begannen, gründete sie eine Anti-Kriegs-AG in ihrer Schule, organisierte mit der Gruppe politische Veranstaltungen und mobilisierte zu Demos und Aktionen. Am 15. Februar 2003 fuhren aus ihrer Schule zwei große Busse zur Irak-Antikriegsdemonstration nach Berlin.

Im Jahr 2004 organisierte sie mit jungen Migrantinnen eine Kampagne gegen Rassismus und Diskriminierung im Rahmen der DGB-Jugend Frankfurt. Im gleichen Jahr trat sie in die WASG ein und war später dort in der Anti-Kriegsgruppe in Frankfurt tätig.

Mit anderen bereitete Pazhareh 2005 das Sozialforum in

Erfurt vor. In ihrer Verantwortung fand eine Podiumsveranstaltung zu Rassismus gemeinsam mit der Informationsstelle Militarisierung (IMI) und Aktivisten aus Holland statt.

Anfang 2007 wirkte sie dabei mit, den völlig zerfallenen Kreisverband der WASG in

Darmstadt wieder aufzubauen. Sie engagierte sich und kämpfte um die Reorganisation der Partei und die Vereinigung mit der Linkspartei.PDS. Wiederrum mit Erfolg: Nach einem halben Jahr gab es einen neuen Kreisverband der LINKEN.

Seit der Vereinigung beider Parteien in Hessen im August 2007 ist Pazhareh Mitglied des hessischen Landesvorstandes der LINKEN. Keine Frage, dass auch der erfolgreiche Wahlkampf auf ihre tatkräftige Unterstützung zählen konnte.

Pazhareh Henning-Heidari ist 25 Jahre alt und studiert Maschinenbau an der TU Darmstadt, sie ist Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



„Ich bin zur gleichen Zeit in DIE LINKE eingetreten wie meine Schwester und mein Bruder. Wir haben alle nichts voneinander gewusst.“

Rahel Maria Diers aus Hamburg



„Ich bin in DIE LINKE eingetreten, weil ich will, dass die Interessen und Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen.“

Dieter Hörner aus Mainz

Mehr im Internet: www.die-linke.de/die_linke/mitmachen/

Kölner LINKE in Aktion

Neue Mitglieder in einem erfolgreichen Kreisverband

Mitgliedergewinnung und -entwicklung ist das Herzstück der Parteilarbeit.

Mit diesem Willen gingen engagierte Kölner und Kölnerinnen an eine Mitgliederwerbekampagne, die sie bereits im Februar des vergangenen Jahres konzipierten.

Damals hatte die Kölner Linkspartei 350 Mitglieder. Die Kölner LINKE, so das ehrgeizige Ziel, sollte in zwölf Monaten 1.000 Mitglieder haben.

Erreicht sind im April 2008 702 Mitglieder. Das ist ein prima Ergebnis, denn das sind 352 Genossinnen und Genossen dazu gekommen. Außerdem gaben über 200 Interessierte im Rahmen der Aktionen ihre Adressen an, um Informationsmaterial zu erhalten und zu weiteren Veranstaltungen eingeladen zu werden.

Im Vorfeld und mit der Gründung der neuen Partei wollten

sie einen Beitrag leisten, die Partei auch zahlenmäßig stärker zu machen. Unter dem Slogan: „Werde jetzt Gründungsmitglied der Kölner Linken!“ lief die Aktion zu Beginn.

Eine Mitgliederwerbeproschüre, Veranstaltungen – so auch der 1. Mai mit 50 bis 60 Aktiven, einem Bus und einem unübersehbaren Stand –, eine Vielzahl weiterer Infostände, drei verschiedene Werbepostkarten, Verteilaktionen und mehr wurden genutzt, um zielgerichtet auf Leute zuzugehen. Angesprochen wurden alle, die Interesse zeigten, besonders aber Frauen und Jugendliche.

Tagesseminare und Infoveranstaltungen zu verschiedenen Themen wurden für Neumitglieder und Interessierte durchgeführt, um schnell eine persönlich-politische Einbindung in die Partei herzustellen, Erwartungen zu erfragen und Angebote zur Mitarbeit zu unterbreiten. Für Ortsverbands- und Kreisver-

bandsaktive wurden Workshops angeboten, um sie stark zu machen in der Arbeit mit den vielen Neumitgliedern.

Die Projektgruppe „Mitgliedergewinnung“ wird ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen und sie regelmäßig halbjährlich auswerten. Im Mittelpunkt der weiteren Arbeit werden besonders öffentliche Veranstaltungen stehen und Aktionsstände sollen das Anliegen wach halten. Thematisch wollen sie sich konzentrieren auf: Mindestlohn, Rentenkampagne, gegen Militäreinsätze der Bundeswehr und Privatisierung der Bahn.

Ein großer Erfolg war eine öffentliche Veranstaltung mit Gregor Gysi am 17. März, die eng verbunden wurde mit Infoständen und über 30 Verteilaktionen, an denen 15.000 Einladungskarten persönlich überreicht wurden. Eine Partei in Aktion.

Weitere Informationen: www.die-linke-koeln.de



„Ich bin in die Partei eingetreten, weil ich mir wünsche, das mit meinen Steuern und Abgaben verantwortungsvoll und im Sinne der Gemeinschaft umgegangen wird. Ich möchte mich für eine Politik einsetzen, die die Gesellschaft eint und nicht nach arm und reich selektiert. Ich will mich dafür einsetzen, dass jeder Mensch, egal welcher Herkunft und welcher Schicht, die gleichen Chancen erhält. Meine Erwartungen an die Linke sind, die festgefahrebenen Strukturen aufzubrechen und neue Wege zu beschreiten. Die Partei soll die Bedürfnisse und Probleme der Gesellschaft erkennen und Lösungen finden.“

Giovanni La Rocca, Kaufmann im Außendienst aus Grenzach-Whylen im Kreis Lörrach

„Jeder kann etwas tun“

Hans van Heijningen, Geschäftsführer der Sozialistischen Partei in den Niederlanden, im Interview mit der „neuen linken“ darüber, wie man eine linke Mitgliederpartei aufbaut



Fotos: SP Niederlande

Hans van Heijningen

Die Sozialistische Partei in den Niederlanden hat über 50.000 Mitglieder, die in 150 Ortsgruppen organisiert sind. 2006 konnte sie ihr Stimmenergebnis auf 16,6 Prozent fast verdreifachen. Mit welchen Themen seid ihr so stark geworden?

Die Themen, mit denen wir auftreten, sind sehr unterschiedlich. Von Afghanistan bis Gesundheit oder Privatisierung sozialer Dienste greifen wir die verschiedensten Fragen auf.

Wer sich Sozialist nennt, muss für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung kämpfen. Das heißt, die Probleme anzusprechen, die für die Menschen wichtig sind, wie Gesundheit oder Bildung.

Jede Partei behauptet, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Was macht ihr anders?

Die Themen sind wichtig, aber noch wichtiger ist es, eine Kampagne aufzubauen und eine Dynamik zu entfachen. Zwei Beispiele: Überall, wo es Streiks gibt, sind wir da. Wir bringen Kaffee oder Tomatensuppe, sammeln Geld und überreichen es den Streikenden für ihre Kasse.

Vor einiger Zeit gab es Proteste der Polizisten für eine bessere Bezahlung. Wir haben das unterstützt und gefordert, dass die Diätenerhöhung für die Parlamentsmitglieder stattdessen für die Bezahlung der Polizisten ausgegeben wird.

Wie viele Leute beteiligen sich an solchen Aktionen?

Es gibt einige Tausend Leute, die aktiv bei uns mitmachen. Aber das läuft nicht von selbst. Wir arbeiten daran, dass jedes Mitglied besucht wird. Denn

wenn jemand Mitglied einer Partei wird, dann möchte er oder sie sich engagieren. Das ist der richtige Moment, Leute zu besuchen und zu fragen, was sie mit uns machen wollen.

Das klingt gut, doch die wenigsten Menschen haben viel Zeit für Politik.

Stimmt, aber unsere Ortsgruppen haben ein breites Spektrum von Aktivitäten, damit die unterschiedlichen Leute sich einbringen können. Der Eine kann in seinem Viertel oder in seiner Straße Flugblätter verteilen, die andere kann etwas von A nach B transportieren. Der Dritte kann etwas am Arbeitsplatz oder in der Schule machen, eine Vierte kann einen Artikel schreiben oder ein politisches Cafe organisieren. In großen Städten haben die Gruppen bis zu zwanzig solcher Betätigungsfelder, in kleinen Städten zehn.

Wie sorgt ihr bei dieser Vielfalt dafür, dass es noch einen roten Faden gibt?

Dieses Jahr verteilen wir zum Beispiel im ganzen Land Zeitungen über unsere Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. Im April haben wir 1,8 Millionen Zeitungen verbreitet.

Im Zentrum von Amsterdam waren alleine 800 Mitglieder aktiv. Einer hat alle durchtelefoniert und Gruppen zusammengestellt, die in ihren Straßen Zeitungen verteilen.

Die Mitglieder sind bereit, etwas zu tun. Es ist die Aufgabe der Partei, dies praktisch zu organisieren. Das ist unsere wichtigste Aufgabe. Wenn wir uns darauf konzentrieren, aktivieren wir 10.000 bis 15.000 Menschen.

Die Beziehung der Mitglieder zur Partei ist sehr wichtig. Wenn jemand fünf, sechs oder sieben Jahre lang nichts macht, fällt er leicht hinten runter.

Wie kommuniziert die SP mit ihrem Umfeld?

Wir kommunizieren auf ganz unterschiedliche Weise. Wir haben eine gute Website. Sie wird so oft besucht wie die Websites der anderen Parteien.



Im Zeichen der Roten Tomate

Die „Rote Tomate mit dem Stern“ ist das Symbol der SP in den Niederlanden.



In Wahlkämpfen produzieren wir kleine Werbefilme, die mit Humor gemacht sind.

Das wichtigste Instrument, mit dem wir arbeiten, ist die Unterschriftenliste. Mit Unterschriftensammlungen führen wir unsere Kampagnen außerhalb der Wahlkämpfe. So kommen wir mit den Menschen auf der Straße ins Gespräch.

Gut und schön, aber was bringt diese Kampagnenarbeit für die Partei?

Sie ist wichtig, damit wir wissen, worüber sich die Menschen Sorgen und Gedanken machen. Die Leute sind froh,

„Überall, wo es Streiks gibt, sind wir da. Wir bringen Kaffee oder Tomatensuppe, sammeln Geld und überreichen es den Streikenden für ihre Kasse.“

dass es Linke gibt, die nicht nur in Wahlkämpfen da sind, sondern an ihren alltäglichen Problemen und Hoffnungen Interesse haben. Das heißt praktisch, dass unsere Ortsgruppen mindestens zweimal im Monat auf der Straße sind. In Großstädten sind sie es einmal die Woche.

Denken Parlamentarier, dass sie sich nicht mehr um das Außerparlamentarische kümmern müssen, wenn sie im Parlament oder gar in einer Regierung sind?

Gerade wenn wir im Parlament sind und dort Verantwortung für die praktische Politik haben, müssen wir der Bevölkerung erklären, was sie von uns erwarten kann und was nicht. Die Leute sind viel klüger als wir meinen. Deshalb organisieren wir auch zentral, dass unsere Funktionäre und Abgeordneten regelmäßig die Ortsgruppen besuchen und dort aktiv sind.

Und es ist wichtig, dass wir Druck machen, Leute mobilisieren. Die Fraktionen im Parlament müssen sehen, wie weit sie Druck auf die Autoritäten ausüben können. Wenn sie das nicht machen, werden sie zu Gefangenen der politischen Verhältnisse.

Parteien rangieren in Deutschland auf dem unteren Ende der Beliebtheitskala. Das Vertrauen in sie ist sehr gering. Wie tragt ihr dafür Sorge, dass ihr gegenüber den Menschen eure Glaubwürdigkeit behaltet?

Die Leute sind davon überzeugt, dass wir uns um sie kümmern. Ohne uns selbst heilig zu sprechen: Wir leben und arbeiten auf einer glaubwürdigen Basis. Parlamentarier und

Mitarbeiter beziehen beispielsweise ein normales Gehalt.

Wir versprechen nicht mehr als wir tun können, zum Beispiel im Parlament. Und wir verbinden unsere kurzfristigen Ziele mit einer strategischen Perspektive. Das ist wichtig, denn so können wir kurzfristige Erfolge organisieren, die Schritte in die Richtung einer Gesellschaft sind, in der menschliche Würde, Gleichwertigkeit und Solidarität die leitenden Prinzipien sind.

DIE LINKE fängt demnächst an, ihr Grundsatzprogramm zu diskutieren. Was gibst du uns für die Programmdebatte mit auf den Weg?

Wir gehen von den Interessen der Menschen aus, nicht von abstrakten Prinzipien. Wie die Gesellschaft aussehen wird, die auf menschlicher Würde, Gleichwertigkeit und Solidarität basiert, hängt davon ab, wie sich diese Gesellschaft entwickelt. Die Beteiligung der Menschen daran ist für uns entscheidend. Demokratie ist nicht auf individueller oder soziokultureller Ebene zu erreichen. Deswegen ist für uns ist die Demokratisierung der Wirtschaft zentral.

Weitere Informationen auf der internationalen Internetseite der SP der Niederlande: www.international.sp.nl

Am 24./25. Mai findet der 1. Parteitag der LINKEN in Cottbus statt

„Wenn eben solche Zeiten sind, muss man anpacken“

So sah es nicht nur der sozialistische Schriftsteller Erwin Strittmatter*, der von Geburt an Brandenburg die Treue hielt, sondern auch DIE LINKE.

Der 1. Parteitag findet vom 24. und 25. Mai in der Messe Cottbus (CMT) statt. Zurecht, denn Brandenburgs zweitgrößte Stadt hat mehr zu bieten als das Fußballstadion des FC Energie Cottbus gegenüber den Messehallen.

Der Tagungsort befindet sich auf dem Gelände der Bundesgarten-

* Der DDR-Schriftsteller Erwin Strittmatter (1912-1994) erlangte in Westdeutschland erst durch die Verfilmung seiner autobiografischen Romantrilogie „Der Laden“ Bekanntheit.



Foto: Matthias Loehr

Landpyramide im Branitzer Park

schau, die hier 1995 erstmals in den neuen Bundesländern stattfand. Im anliegenden Fürst-Pückler-Park können die für Europa einzigartigen Pyramiden bewundert werden. Die Schmalspur-Parkeisenbahn, 1954 als Pioniereisenbahn in Betrieb genommen, schlängelt sich durch Eliaspark, Spreeauenpark, entlang dem Tierpark bis zum Schloss Branitz. Als Bildungsstadt mit der Brandenburgischen Technischen Universität und der Fachhochschule Lausitz, ist Cottbus für junge, vor-

allem ausländische Menschen attraktiv. Die Zweisprachigkeit, nicht nur erkennbar an den Straßenschildern, lässt Tradition und Brauch der sorbischen Kultur aufleben. Sorbisch wird hier sogar noch unterrichtet.

Die Cottbuser Linken, mit dem Wahlkreisbüro des MdB Wolfgang Neskovic, haben sich zum Ziel gesetzt, erneut stärkste Kraft zur Kommunalwahl am 28. September zu werden. „Ich sehe noch nicht, wo das hinläuft“, äußerte Strittmatter nach der Wiedervereinigung. Damals war nicht abzusehen, dass es zu einer vereinten LINKEN kommen würde, die demnächst heiße Debatten in seinem Heimatland Brandenburg führen wird.

Franziska Schneider
Rote Reporterin und seit 2006 Studentin an der BTU in Cottbus

Weiterbildung und Networking

Fit machen für den Medienalltag. Diskussionen, Vorträge, Workshops, Präsentationen, Intensiv-Kurse sowie Exkursionen bildeten den Rahmen der 5. Linken Medienakademie Anfang März in Berlin. Mehr als 300 Medienma-

cher/-innen nutzen die Chance zur Weiterbildung und zum Networking. Die 6. Linke Medienakademie findet vom 5. bis 8. März 2009 in Berlin statt, ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.linke-medienakademie.de



Foto: LiMA

Workshops zu digitalen Medien fanden Zuspruch auf der LiMA

Zug der Erinnerung nach Auschwitz

Durch Deutschland fährt 2008 ein Zug und sucht nach den Spuren zehntausender Kinder, die von den Nazis verschleppt wurden. Sein Ziel ist Auschwitz. Hierher wurden von den Nazis tausende Züge aus ganz Europa geschleust: Transport zum Massenmord. Der Zug der Erinnerung gedenkt der Opfer und nennt Täter. Darunter die Verantwortlichen der Deutschen Reichsbahn. Beschämend: Die Reichsbahn-Rechtsnachfolgerin, die Deutsche Bahn, verweigerte den Stopp im Berliner Hauptbahnhof.



Starker Besucherandrang an den Haltepunkten des Zuges der Erinnerung, wie hier am Berliner Westhafen.

Fotos: KDH



Auf nach Berlin

Das „ND“ feiert sein 50. Pressefest. Cuba Si lädt zur großen Geburtstagsparty für Che (80!). Mit einer Weltband - Ojos de Bruj Soundsystem - aus Barcelona und Mellow Mark wackelt dann die Kulturbrauerei Prenzlauer Berg beim „Fest der Linken“ vom 13. bis 15. Juni. Tausende Gäste werden erwartet, um gemeinsam zu feiern. Die Veranstalter, DIE LINKE, die Bundestagsfraktion, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das „Neue Deutschland“, bereiten ein buntes Programm aus Politik, Musik, Literatur und Gastronomie vor.

Am besten ist die Anreise in Gruppen. Reservierungen in den vielen Berliner Hostels sollten schon jetzt gesichert werden.

Veröffentlichung des Programms unter www.das-fest-der-linken.de



Foto: DIE LINKE.SDS

Mitglieder des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS solidarisierten sich während der Tarifaueinsetzungen mit Streikenden bei den landeseigenen Berliner Verkehrsbetrieben BVG.

Öffentlicher Dienst: Reallohnverlust gestoppt

Am Ende war es ein Erfolg. Und Ver.di jubelte. „Das hat die Arbeitgeber zum Einlenken gezwungen: unser klares Nein zum arbeitgeberfreundlichen Späth'schen Schlichtungsanspruch und unsere glaubhafte Drohung mit einem Arbeitskampf.“

Der Verhandlungserfolg kann sich sehen lassen: So boten die Arbeitgeber für 2008 zunächst nur 2,5 Prozent mehr, Späth empfahl 3 Prozent und die jetzige Einigung sieht durchschnittlich 5,1 Prozent Steigerungen ab Januar 2008 vor. Die Forderung der Arbeitgeber nach einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit West auf 40 Stunden und der Späth-Vorschlag 39,5 konnte auf 39 – und damit auf eine halbe Stunde länger für Beschäftigte einiger westlicher Bundesländer – abgemildert werden.

Werner Dreibus, stellvertretender Vorsitzender der Bundes-

tagsfraktion der LINKEN, sieht in dieser Einigung einen Schritt in die richtige Richtung. „Ver.di konnte mit dem erkämpften Abschluss endlich die Reallohnverluste der letzten Jahre stoppen“. Entscheidend ist für ihn das klare Zeichen gegen Armutslöhne, denn für die kleinen Einkommensgruppen bedeutet der Sockelbetrag von 50 Euro eine stärkere Anhebung ihrer Entgelte. Dass mit den letztlich ausgehandelten 39 Wochenstunden die Arbeitszeit verlängert wird, hält er für grundsätzlich falsch. Auch die fehlende Übergangsgarantie für Azubis kann nicht befriedigen.

86 Prozent der Bundestarifkommission stimmten für dieses Verhandlungsergebnis. Und 76,5 Prozent der Mitglieder. Ver.di-Vorsitzender Bsirke betonte dann auch den Erfolg in der Mitgliederbefragung. Sie ist für ihn „die radikalste Form der Mitgliederrückkopplung“ und das Ergebnis bindend. Der ver.di-Beitritt von über 50.000 neuen Mitgliedern ist ein durchschlagender Erfolg dieser Tarifrunde.